

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB) vom 6. September 2007: Klima-freundliche Stadt Bern (3): Energieeffizienz schafft Beschäftigung und Arbeitsplätze: Potentialanalyse für Bern (07.000312)

In der Stadtratssitzung vom 22. Mai 2008 wurde folgendes Postulat erhebelich erklärt:

Die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien wirkt sich positiv auf den Arbeitsmarkt aus. Dies zeigen die Resultate einer Untersuchung des Bundesamts für Energie BFE über die Förderprogramme der Kantone, welche gesamtschweizerisch bei einem Volumen von Fr. 38 Mio. eine Beschäftigungswirkung von rund 1140 Personenjahren ausmachen, was für den Kanton Bern rund 240 Personenjahre bedeutet (insbesondere im Baugewerbe und in den Bereichen Maschinen und Beratung).¹

Eine neuere Studie des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom Juni 2006 hat die Arbeitsplatzeffekte des Ausbaus erneuerbarer Energien untersucht und einen Arbeitsplatzzuwachs in allen erneuerbaren Energiebereichen (u.a. Biomasse, Solarthermie, Photovoltaik etc.) von durchschnittlich 54% prognostiziert.² Auch wenn diese Resultate nicht direkt auf die Schweiz und Bern übertragbar sind, zeigt sich doch ein grosses Potential an Arbeitsplätzen, aber auch bezüglich Innovation, welches auch für die lokale und regionale Wirtschaft und Wissenschaft von Bedeutung ist.

Nachhaltige Energiemassnahmen führen zudem generell zu einer Verlagerung der Kosten für Energieimporte zu Investitionen im Inland. Sie haben damit eine positive Wertschöpfungs- und Beschäftigungswirkung im Inland. Zudem mindern sie die Auslandabhängigkeit. Heute fliesst gesamtschweizerisch ein grosser Teil der Wertschöpfung für die Energiebeschaffung in der Form von Treibstoff (Benzin/Diesel), Erdöl, Erdgas und Uran ins Ausland.

Der Gemeinderat wird daher gebeten:

1. Dem Stadtrat in einem Bericht aufzuzeigen, welches Potential ein starker Ausbau der erneuerbaren Energien für die lokale und regionale Wirtschaft bezüglich technologischer Innovation und Beschäftigungswirksamkeit (Arbeitsplätze) in Zukunft hat.
2. Darzulegen, inwieweit vorhandenes wirtschaftliches und beschäftigungswirksames Potential im Bereich Energieeffizienz durch die Stadt unterstützt werden kann (z.B. im Rahmen der Wirtschaftsförderung).
3. Für den Bericht die Zusammenarbeit mit der lokalen und regionalen Wirtschaft und den entsprechenden Verbänden zu suchen.

¹ Vortrag zum kantonalen Energiegesetz, Kanton Bern, Dezember 2007, S. 36ff.
[http://www.portalbackend.be.ch/Public/media/DisplayFile.aspx?fileId=2256&linkId=12949&linkName=Vortrag%20zum%20kantonalen%20Energiegesetz%20\(%C3%84nderung\)](http://www.portalbackend.be.ch/Public/media/DisplayFile.aspx?fileId=2256&linkId=12949&linkName=Vortrag%20zum%20kantonalen%20Energiegesetz%20(%C3%84nderung))

² Erneuerbare Energien: Arbeitsplatzeffekte: Wirkung des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Aussenhandels. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Juni 2006

4. Dabei das Wissen und Knowhow der Forschungsinstitutionen (u.a. Universität, Fachhochschulen) zu nutzen, insbesondere die Klimaforschenden der Universität Bern einzubeziehen.

Bern, 6. September 2007

Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Christine Michel, GB), Anne Wegmüller, Urs Frieden, Franziska Schnyder, Hasim Sancar, Stéphanie Penher, Lea Bill

Bericht des Gemeinderats

Zu Punkt 1:

Das Amt für Umweltschutz hat die Firma Infrac mit Sitz in Zürich beauftragt, die entsprechende Studie durchzuführen³. Der integrale Bericht liegt diesem Stadtratsvortrag bei. In der Folge werden an dieser Stelle nur die Schlussfolgerungen zusammenfassend dargestellt:

In der Stadt und der Region Bern sind beträchtliche Potentiale zur verstärkten Nutzung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz vorhanden. Falls die finanziellen Mittel zur Steigerung der Nutzung aufgebracht werden können, kann damit gerechnet werden, dass in der Stadt Bern rund 100 neue Arbeitsplätze (als Vollzeitäquivalente gerechnet) und in der Region rund 200 Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die nutzniessenden Branchen sind vor allem produzierende Unternehmen, Planer und Installationsfirmen, die Leistungen zur Realisierung oder Sanierung von modernen, effizienten Gebäuden inklusive der dazu notwendigen Haustechnik anbieten. Dazu zählen insbesondere auch Anbieter von Lösungen zur Nutzung von Sonnenenergie. Die Realisierung der Potentiale führt zu positiven Innovationswirkungen in diesen Branchen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Region Bern längerfristig stärken könnte.

Dem raschen Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz stehen verschiedene Hindernisse entgegen. Die Stadt Bern hat jedoch eine Reihe von Möglichkeiten, um einen Beitrag zur Überwindung dieser Hindernisse zu leisten. Als wirkungsvollste Massnahmen erachtet die Infrac-Studie die konsequente Ausübung der Vorbildfunktion beim Neubau oder der Sanierung von städtischen Liegenschaften sowie die gut kommunizierte Unterstützung von Schaufensterprojekten. Dazu sollte ein guter Mix von „Soft-Projekten“, wie zum Beispiel die Verankerung der 2000-Watt-Gesellschaft in der Verfassung, und von „Hardware-Projekten“, wie zum Beispiel die Promotion von grossen Realisierungsprojekten zur Nutzung der Sonnenenergie oder von Biomasse, angestrebt werden.

Im Positionspapier „Zusatznutzen der Klimaschutzmassnahmen“ des WWF⁴ wird das Potential zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem CO₂-Gesetz gesamtschweizerisch mit 3 000 bis 4 000 Arbeitsplätzen angegeben. Heruntergebrochen auf die Gemeinde und die Region Bern entspricht das für die Stadt Bern ungefähr 60 bis 80, für die Region Bern 120 bis 160 neuen Arbeitsplätzen. Der Schlussbericht von Energie Schweiz „Begleitende Evaluation der Wirkungsanalyse 2002“ geht davon aus, dass die Beschäftigungswirkungen schwer vorauszusagen sind⁵: „Ob es 6 000 oder mehr neue Jobs sind, die jährlich geschaffen würden, lässt sich heute nicht sagen. Ohne Zweifel aber muss heute eine Energie- und Kli-

³ Infrac, R. Iten, B.Oettli, F.Moret, März 2009. Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Region Bern. Abschätzung der Beschäftigungswirkungen und Innovationseffekte. Inputpapier.

⁴ http://assets.wwf.ch/downloads/zusatznutzen_d.pdf

⁵ Centre for Energy Policy and Economics, ETH Zentrum WEC, E. Jochem und B. Aebischer, 2003: Begleitende Evaluation der Wirkungsanalyse 2002 von Energie Schweiz

mapolitik als Teil einer Innovations- und Wirtschaftspolitik verstanden werden, die den gesamten Kapitalstock eines Lands zu erheblich höherer Ressourceneffizienz bringen muss. Hierbei kann ein Hochtechnologieland wie die Schweiz Pioniergewinne in den neuen Märkten realisieren.“ Eine gemeinsame Studie von ETH und Paul Scherrer Institut kommt zu einem ähnlichen Schluss⁶: „Das Ziel des CO₂-Gesetzes zu erreichen, würde das Wirtschaftswachstum nicht wahrnehmbar beeinträchtigen, aber netto neue Arbeitsplätze schaffen“. Es wird geschätzt, dass der gesamtschweizerische Nettoeffekt bei 3 000 bis 4 000 neuen Arbeitsplätzen liegt. Die wissenschaftlichen Publikationen von ProClim (Forum for Climate and Global Change) und OcCC (Organe consultatif sur les changements climatiques) vertreten grundsätzlich ebenfalls die These, dass eine genaue Abschätzung der Beschäftigungswirksamkeit durch Innovationen und Gesetzgebungen im Bereich erneuerbarer Energien schwer abschätzbar ist. Grundsätzlich sei aber von einem eher positiven Trend auszugehen⁷.

Nebst der Anzahl Arbeitsplätze, welche durch den konsequenten Fokus auf erneuerbare Energien geschaffen werden können, darf die Standortfrage nicht vergessen werden. Der Basler Nationalrat Rudolf Rechsteiner kommt in seiner Studie „Bern erneuerbar“⁸ zum Schluss: „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind meistens einheimisch. Bauern, Gewerbe, mittelständische Betriebe und Industrie können profitieren; es entstehen neue lokale Wirtschaftszyklen, nicht zuletzt in ländlichen Regionen. Dies ist bei den nichterneuerbaren Energien kaum der Fall.“

Studien, welche sich bezüglich erneuerbarer Energien nur mit einzelnen Energieträgern beschäftigen, kommen innerhalb dieser Bereiche teilweise zu grösseren Potentialen. Stellvertretend etwa die Studie „Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in der Solarenergie - Unternehmensbefragung“⁹: In den meisten Bereichen rechnen die Unternehmen des Solarbereichs mit sehr hohen Zuwachsraten, insbesondere bei „Installation und Montage“ sowie bei „Planung, Projektierung und Finanzierung“. Es wurde auch festgestellt, dass die Qualifizierung des Personals gesamthaft von den antwortenden Betrieben als eher unzureichend eingestuft wurde. Der WWF leitet daraus (unter anderem) folgende Handlungsempfehlungen ab, die alle ebenfalls beschäftigungswirksam sind:

- Neue Lehrstühle an Hochschulen [sind zu schaffen]
- Ingenieurbildung mit Solarqualifikationen
- Solare Forschungs- und Innovationsförderung
- Akteurkonferenzen „Erneuerbare Energien“
- Nachwuchsförderung
- Förderung des Allgemeinwissens über erneuerbare Energien¹⁰

Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass die oben stehenden Erkenntnisse auch auf andere Bereiche in der Energiebranche übertragbar sind. Diese These stützt eine Studie aus Deutschland, gemäss der die unterschiedlichen Märkte im Bereich der Umwelttechnik auf-

⁶ CEPE, PSI, E. Jochem, M. Jakob, 2003 : Die Rolle der verschiedenen CO₂- Reduktionspotentiale bei einer nachhaltigen Entwicklung des Energiesystems in der Schweiz – Jüngste Energieperspektiven bis 2010

⁷ Siehe OcCC (Organe consultatif sur les changements climatiques), „Sekundärnutzen (Secondary Benefits) von Treibhausgas-Reduktionen“, Kapitel 2, Seiten 11 und 12

⁸ Dr. Rudolf Rechsteiner, Basel, 2008: Bern erneuerbar! Ein Kanton unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien

⁹ Die Befragung wurde bei sämtlichen Mitglied-Unternehmungen des Berufsverbandes Swissolar durchgeführt (insgesamt 390 Unternehmen) und basiert auf 80 gültigen Rückantworten.

¹⁰ „wwf, 2008: Ausbildungs- und Beschäftigungssituation in der Solarenergie – Unternehmensbefragung. Schlussbericht.

grund ihres anhaltenden Wirtschaftswachstums seit mehreren Jahren unter einem Mangel an qualifizierten Fachkräften leiden¹¹.

¹¹ Wirtschaftsladen Bonn, 2007: Ausbildung und Arbeit für erneuerbare Energien - Statusbericht

Fazit zu Punkt 1:

Die Abschätzung der Beschäftigungswirksamkeit im Bereich erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind von einiger Unsicherheit behaftet und hängen von den für die Untersuchung definierten Systemgrenzen ab (direkte Einflüsse, indirekte Einflüsse, zeitliche Dimension, Kompensation von Arbeitsplatzverlusten in anderen Sektoren wie beispielsweise in der Ölindustrie, geographischer Rahmen, etc.). Allerdings liegen, wie vorgängig gezeigt, einige Schätzungen im Bereich von 3 000 bis 4 000 neuen Stellen in der Schweiz vor, was in etwa den zu erwartenden¹² 100 Arbeitsplätzen für Bern, bzw. den 200 für die Region Bern entspricht.

Zu Punkt 2:

Der Gemeinderat hat sich am 2. September 2009 zur Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung bekannt. Vor dem Hintergrund veränderter, wirtschaftspolitischer Rahmenbedingungen spricht sich der Gemeinderat für eine städtische Wirtschaftsförderung mit regionaler Ausrichtung und einem starken Standortmarketing aus. Zu den wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftsförderung der Stadt Bern gehört auch in Zukunft die Betreuung und Förderung der ansässigen Unternehmen. Die Wirtschaftsförderung soll kompetente Ansprechpartnerin für die Firmen sein und ihnen als „Eingangstor zur Verwaltung“ den Kontakt mit Behörden- und Bewilligungsinstanzen directionsübergreifend erleichtern. Zudem soll die Stadt Bern als Polit-, Bildungs-, Forschungs- und Eventstandort zielgerichteter positioniert werden, um innerhalb des künftigen Gebiets der „Greater Geneva Berne Area“ eine aktive Rolle spielen zu können. Ein Schwerpunkt liegt dabei nebst den bestehenden Clustern auf den neuen Umwelttechnologien sowie den ökologischen Zielen der Stadt.

Der Handels- und Industrieverein (HIV) des Kantons Bern wurde vom Amt für Umweltschutz für eine Stellungnahme zu dieser Frage eingeladen¹³. In seiner Antwort unterscheidet der HIV zwei mögliche Szenarien:

- a) der Staat tätigt zusätzliche Investitionen: diese haben nach Ansicht des HIV nur dann eine positive Wirkung, wenn sie namentlich im Bereich der Beschäftigung rasch greifen. Dafür eigne sich vor allem das Vorziehen baulicher Investitionen. Da es sich bei den Investitionen aber um Steuergelder handle, seien Impulsprogramme zu Lasten künftiger Generationen aus grundsätzlichen Überlegungen abzulehnen.
- b) der private Sektor wird durch gesetzliche Vorgaben oder finanzielle Anreize angehalten, zusätzliche Investitionen zu tätigen: Grundsätzlich sei in diesem Bereich der Grundsatz der Freiwilligkeit hochzuhalten. Sinnvolle und zielgerichtete Massnahmen seien folglich höchstens in Ausnahmefällen im Rahmen staatlicher Lenkungsregimes umzusetzen.

Wie bereits im Vortrag zur 2000-Watt-Gesellschaft aufgezeigt,¹⁴ können mit obenstehenden Vorschlägen weder die städtischen noch die kantonalen und eidgenössischen energiestrategischen Ziele mit dem vom HIV vorgeschlagenen Instrumentarium erreicht werden.

Mit der am 29. Mai 2009 kommunizierten neuen Eignerstrategie ewb verfolgt der Gemeinderat der Stadt Bern unter anderem folgende Ziele im Bereich Nachhaltigkeit, Effizienz und Ökologie:

¹² Siehe Infras, R. Iten, B.Oettli, F.Moret, März 2009. Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Region Bern. Abschätzung der Beschäftigungswirkungen und Innovationseffekte. Inputpapier

¹³ Siehe Originaldokument in der Beilage

¹⁴ Siehe Bericht des Gemeinderats vom 16. September 2009 zum Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): Klimafreundliche Stadt Bern (1): Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft

- ewb geht keine neuen Beteiligungen an Kernkraftwerken ein und verlängert bestehende (Fessenheim, Gösgen) nicht.
- ewb setzt sich innerhalb der Betreibergesellschaft für eine Stilllegung des Atomkraftwerks Gösgen nach Ablauf der Regellaufzeit (spätestens 2039) ein.

Werden die durch den Atomausstieg eingesparten Mittel konsequent in die Promotion von Energieeffizienz und die Produktion lokaler erneuerbarer Energien sowie die Beteiligung an regionalen und internationalen innovativen Projekten investiert, ergibt sich daraus ein noch nicht genau abschätzbarer, aber sicherlich positiver Effekt auf die Energiebranche, insbesondere in den Bereichen Energieeffizienz und nachhaltige, regionale Energieproduktion. So werden optimale Rahmenbedingungen für eine aktive Wirtschaftsförderung im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien geschaffen.

Das Amt für Umweltschutz arbeitet seit Jahren mit einem breiten Instrumentenmix daran, sowohl bezüglich der Energieeffizienz als auch bezüglich der Arbeitswirksamkeit für Bern konstruktive und erfolgsversprechende Massnahmen umzusetzen. Insbesondere sind die beiden Programme der Energiefachstelle zu erwähnen, die neben klimastrategischen Zielgrössen auch explizite wirtschaftliche Ziele angehen:

- Die Kampagne 100 Solardächer für Bern¹⁵: Ziel ist es, innerhalb von 2 Jahren mindestens 100 neue solare Warmwasseraufbereitungsanlagen auf den Dächern von Bern zu realisieren. Bei der Auswahl der Vertragspartner wurde stark darauf geachtet, regionale Betriebe zum Mitmachen zu ermutigen. Ausserdem werden die Hausbesitzenden auf die Beschäftigungswirksamkeit der Aufträge hingewiesen und aufgefordert, sich bei der Auftragsvergabe des regionalen Gewerbes zu erinnern.
- Gebäudesanierungsprogramm der Stadt Bern¹⁶: Das Programm besteht einerseits aus einem Beratungsteil, in welchem an die 50 regionale Fachleute aus den Bereichen Bauphysik und Haustechnik fundierte energetische Gebäudeanalysen verfassen. Die Beratungen werden finanziell unterstützt vom Ökofonds. Der zweite Programmteil unterstützt sanierungswillige Bauherrschaften in der Stadt Bern mit zusätzlichen Fördergeldern. Damit soll der Anreiz zur Sanierung erhöht werden (ökologisches Ziel) und gleichzeitig ein Impuls für das lokale und regionale Gewerbe geschaffen werden (ökonomisches bzw. beschäftigungswirksames Ziel).

Fazit zu Punkt 2:

Im Rahmen der bestehenden gesetzlichen und freiwilligen Massnahmen hat sich die Stadt Bern bereits stark engagiert. Das neue kantonale Energiegesetz, die Umsetzung der im Jahr 2009 erarbeiteten städtischen Eignerstrategie ewb, die im Rahmen des zu erarbeitenden städtischen Energierichtplans neu zu formulierenden energiestrategischen Ziele (voraussichtlich 2011) sowie allenfalls die Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen im Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): „Klimafreundliche Stadt Bern (1): Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ werden weitere positive Impulse zur regionalen Wirtschaftsförderung beisteuern.

¹⁵ Siehe www.bernsolar.ch

¹⁶ Siehe www.bern-saniert.ch

Zu Punkt 3:

Da sich das regionale Organ vrb (Verein Region Bern) per Ende 2009 auflöst und sich die Nachfolgeorganisation Regionalkonferenz noch nicht konstituiert hat, gibt es auf dieser Ebene keine mittelfristigen Strategien. Enge Kontakte zwischen dem lokalen Gewerbe und der städtischen Verwaltung bestehen jedoch durch die Klimaplattform der Wirtschaft¹⁷. Dieses gut funktionierende Netzwerk zeigt deutlich, dass viele Berner Unternehmen sich ihrer Umwelt-Verantwortung bewusst sind und beträchtlichen Aufwand im Bereich Energieeffizienz und Nachhaltigkeit leisten. Die beteiligten Firmen sowie die bereits umgesetzten Projekte und weitere firmenspezifische Engagements können dem Jahresbericht der Klimaplattform der Wirtschaft entnommen werden (siehe www.klimaplattform.ch). Die Stellungnahme des kantonalen Handels- und Industrievereins wurde bereits in der Antwort zu Frage 2 erörtert.

Fazit zu Punkt 3:

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten und Mittel wird, wie schon in den Antworten zu Frage 1 und 2 erörtert, vorhandenes wirtschaftliches und beschäftigungswirksames Potential im Bereich Energieeffizienz durch die Stadt unterstützt. Weitergehende Massnahmen und Vorschläge sowie deren Auswirkung auf Finanzen und Personalbedarf wurden in der Antwort des Gemeinderats auf das Postulat Fraktion GB/JA! (Natalie Imboden/Urs Frieden, GB): „Klimafreundliche Stadt Bern (1): Auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft“ dargelegt.

Zu Punkt 4:

Als führende wissenschaftliche Institutionen im Klima- und Energiebereich haben sich seit Jahren die ETH Zürich und das Paul-Scherrer Institut in Villigen profiliert. Beide wurden in der Antwort zu Punkt 1 ausführlich zitiert. Im Weiteren wurde Kontakt zum Oeschger-Zentrum geknüpft. Das Oeschger-Zentrum ist das interdisziplinäre Kompetenzzentrum der Universität Bern für Klimaforschung. Es vereint Forscherinnen und Forscher aus den Natur-, Human-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Das Oeschger-Zentrum vertritt zur vorliegenden Frage folgende Haltung:

- Die Universität Bern spielt in der Klimaforschung seit Jahren eine führende Rolle und hat diesen Bereich als einen ihrer strategischen Schwerpunkte festgelegt.
- Die Gründung des Oeschger-Zentrums für Klimaforschung im Jahr 2007 ist Ausdruck eines zusätzlich verstärkten Engagements in der Klimaforschung.
- Das Oeschger-Zentrum fasst zum einen bestehende Aktivitäten in Forschung und Lehre zusammen, zum anderen wurden und werden auch einige wenige Professuren neu geschaffen.
- Obwohl in der Klimaforschung an der Uni Bern einige Arbeitsplätze neu geschaffen worden sind, ist diese Entwicklung im Sinne des Postulats kaum relevant.
- Die Universität betreibt im Bereich Klima vorwiegend Grundlagenforschung. Im Bereich Energieeffizienz ist sie höchstens am Rande tätig.

Fazit zu Punkt 4:

Mit dem Oeschger-Zentrum besitzt die Universität Bern im Klima-Bereich einen starken Schwerpunkt. Damit das Wissen der gut ausgebildeten Akademikerinnen und Akademiker nicht verloren geht, sind allerdings im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien vermehrt und gezielt Arbeitsplätze zu schaffen sowie den Nutzen von Synergien zwischen Forschung, Wissenschaft, Wirtschaft und Bildung stärker in den Fokus von Entwicklungsstrategien zu stellen.

¹⁷ Siehe www.klimaplattform.ch

Gesamtfazit

Aufgrund vorliegender Studien kann in der Stadt Bern bei entsprechender Schwerpunktlegung auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien mit einem zusätzlichen Beschäftigungspotential von ungefähr 100 Arbeitsplätzen gerechnet werden. Zusätzlicher Nutzen entsteht, indem der Fokus auf erneuerbare Energien zur Folge hat, dass die Wertschöpfung durch verstärkte lokale und regionale Energieproduktion vermehrt in der Region erhalten bleibt - und nicht wie im Falle der fossilen Energie zu einem grossen Teil abfließt. Werden mittelfristig die Synergien zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zielgerichtet auf- und ausgebaut, kann sich der positive Effekt verstärken, indem ein Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien entsteht. Dies hat Auswirkungen auf weitere Beschäftigungsfelder, beispielsweise indem neue Ausbildungsplätze im Energiebereich geschaffen werden, Bern vermehrt als Tagungsort in Erscheinung treten kann oder sich junge, dynamische und gut ausgebildete Fachkräfte in Bern niederlassen. Nicht zu vernachlässigen ist die Tatsache, dass es sich bei Energieeffizienz und erneuerbaren Energien um einen Zukunftsmarkt handelt. Es ist also von einer vergleichsweise hohen Arbeitsplatzsicherheit auszugehen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Aufbau und Pflege entsprechender Strukturen und Bildung eines Kompetenzzentrums für Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen einen klaren, mittelfristigen Fokus auf die Thematik und ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Verwaltung voraus. Grundlage dazu muss ein klarer politischer Auftrag mit konkreten Zielsetzungen und den entsprechenden finanziellen und personellen Mitteln sein. Das Amt für Umweltschutz verfügt momentan weder über personelle noch finanzielle Ressourcen für die Umsetzung weiterführender Aktivitäten.

Bern, 16. September 2009

Der Gemeinderat

Beilagen

- Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in der Region Bern. Abschätzung der Beschäftigungswirkungen und Innovationseffekte. Inputpapier. Infrac, März 2009.
- Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, Sektion Bern. Stellungnahme (elektronisch nicht vorhanden)